

«Der Druck wird wachsen, vertiefte Beziehungen zu Europa zu pflegen»

Die Zukunft der Schweiz Bundespräsident Ignazio Cassis lanciert einen Lösungsansatz für den Streit mit der Europäischen Union. Er verteidigt eine schnelle Lockerung der Corona-Regeln. Und von Russland lässt er sich nicht erpressen.

Adrian Schmid und
Denis von Burg (Text),
Marco Zanoni (Fotos)

Im ersten Monat war schon einiges los: Ignazio Cassis hat als Bundespräsident den deutschen Bundeskanzler sowie die Außenminister der USA und Russlands getroffen. Das Interview findet in seinem Büro im Westflügel des Bundeshauses statt. Dort hängt an der Wand eine Weltkarte, und auf dem Bücherregal Boxhandschuhe.

Herr Cassis, Sie haben als Bundespräsident die Chance, gleich zwei Krisen zu beenden: die Pandemie und den Streit mit der EU. Schaffen Sie das?

Beide Themen sind sehr wichtig, aber total anders. Bei der Pandemie gibt es Licht am Horizont, wenngleich die Situation noch fragil ist. Und in der Europapolitik haben wir einen Weg zu Ende gebracht und einen neuen begonnen. Das wird Zeit benötigen. Nach dem EWR-Nein fanden wir auch nicht sofort eine Lösung.

Wie lange hält die Schweiz den Druck der EU noch aus?

Wir müssen diesen Druck aushalten. Wir können nicht einfach unsere Prinzipien aufgeben, den Lohnschutz und die Zuwanderung auf die leichte Schulter nehmen und so den sozialen Frieden aufs Spiel setzen. Deshalb brauchen wir jetzt ein bisschen Ruhe und etwas Kreativität.

Das heisst?

Es braucht wohl einen breiteren Verhandlungsansatz, in dem Zugeständnisse von beiden Seiten möglich sind und in dem mögliche Nachteile in der institutionellen Dimension durch materielle Gewinne in wichtigen politischen Bereichen kompensiert werden.

Sprechen Sie von einem Paket Bilaterale III, in dem auch das Problem der Rechtsübernahme gelöst wird?

Im Bundesrat sind wir aktuell daran, den Rahmen für ein mögliches Paket oder eine Gesprächsagenda abzustecken. Klar scheint mir, dass wir aus der rein technisch-institutionellen Fragestellung rauskommen müssen. Erst wenn wir das durch inhaltliche Substanz anreichern, wenn Politik und Gesellschaft erkennen, welche materiellen Gewinne die Schweiz erwarten kann, wird auch eine institutionelle Annäherung akzeptiert werden.

Was gehört in dieses Paket?

Der Bundesrat ist dabei, mögliche Elemente zu analysieren. Strom und Energie gehören sicher auch dazu. Da gibt es ja auch schon ein Verhandlungsmandat.



«Eine Impfpflicht ist bei uns kein Thema mehr»: Bundespräsident Ignazio Cassis.

Das zeigt, dass es hier gegenseitige Interessen gibt. Wir müssen uns aber nicht nur auf Binnenmarkt-Beteiligungsabkommen beschränken. Es gibt viele Kooperationsmöglichkeiten – Gesundheit, Forschung, Medien oder Kultur – wodurch wir die Beziehungen vertiefen können. **Wird sich Brüssel auf ein solches Paket Bilaterale III plus einlassen und dann vielleicht auch zu Zugeständnissen bei den institutionellen Fragen bereit sein?**

Beide Seiten haben ein Interesse an geregelten Beziehungen. In der Schweiz leben 1,4 Millionen EU-Bürger. Wir haben rund 400'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Wir absorbieren fast 10 Prozent der europäischen Personenfreizügigkeit, wir sind der viertwichtigste Handelspartner der EU: Instabile Beziehungen sind auf die Dauer weder für uns noch für die EU eine Lösung. **Aber das geht lange. Für die Diskriminierungen bei der Forschung oder auch in der Medizintechnik braucht es rasche Lösungen.**

Die EU versucht in der Tat, mit politischen Verknüpfungen Druck auf die Schweiz auszuüben. Die EU schadet mit diesen Massnahmen aber auch ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern, indem die Produktauswahl im Bereich Medtech verkleinert wird. Und die EU schadet dem Forschungsstandort Europa. Innerhalb der Schweiz hat der Bundesrat bereits verschiedene Massnahmen getroffen, um die Konsequenzen dieser Diskriminierungen abzufedern.

Nicht hilfreich dürfte Frankreichs Ver Stimmung sein, weil der Bundesrat einen amerikanischen Kampfjet kaufen will. Wie schlimm ist das?

Fortsetzung — 15

Ein Arzt ist Bundespräsident

Ignazio Cassis ist der erste Bundespräsident aus dem Tessin seit 24 Jahren. In den Bundesrat kam er 2017, seither amtiert er als Aussenminister. Vor seiner Wahl in die Regierung war er Chef der FDP-Bundeshaushaltsfraktion und Präsident des Krankenkassenverbands Curafutura. Der 60-Jährige hat ursprünglich in Zürich Medizin studiert und als Arzt gearbeitet. Später war er 12 Jahre lang als Tessiner Kantonsarzt tätig. Cassis ist verheiratet und wohnt in Montagnola bei Lugano.

Ignazio Cassis

Nicht so schlimm wie es die Medien darstellen. Diese Woche waren meine Kolleginnen Karin Keller-Sutter und Simonetta Sommaruga in Frankreich, Alain Berset reist nächste Woche nach Grenoble. Die Beziehungen sind gut, so, wie sie zwischen zwei benachbarten Staaten sein sollen. Klar, wenn ein Geschäft nicht zum Fliegen kommt, im wahren Sinn des Wortes, sind die unterlegenen Anbieter unzufrieden. Das ist aber nur eine Episode in einer langjährigen freundschaftlichen Beziehung zwischen der Schweiz und Frankreich.

Dazu gehört auch, dass sich Viola Amherd darüber beklagt hat, dass Sie mit Frankreich über Gegengeschäfte verhandelt hätten, als schon klar war, dass nur die F-35 infrage kommt? Sie müssen Verständnis haben, aber zu Interna kann ich nichts sagen. Dies verlangt das Kollegialitätsprinzip.

Wenn es um Interna geht, hätte demnach auch Frau Amherd schweigen müssen. Noch einmal: Dazu kann ich mich nicht äussern.

Dafür dürfen Sie jetzt als Bundespräsident über die Pandemie sprechen. Können Sie die geplante Turbo-Öffnung denn auch als Arzt verantworten? Selbstverständlich. Wir sind heute in der glücklichen Lage, dass die meisten Menschen durch eine Erkrankung oder Impfung immunisiert sind. Deshalb können wir optimistisch in die Zukunft blicken. Das heisst aber nicht, dass wir blind agieren. Wir müssen nach wie vor bereit sein, einzugreifen, sollte es notwendig sein. Es ist deshalb wichtig, dass wir die richtigen Schritte im richtigen Tempo machen.

Dann sind Sie für das weniger schnelle Lockerungsszenario, das der Bundesrat vorschlägt? Nicht unbedingt. Wenn sich die epidemiologische Lage bis Mitte Februar positiv weiterentwickelt, können wir rasch grosse Öffnungsschritte machen. Wir werden selbst dann aber nicht alle Massnahmen auf einmal aufheben. Die vulnerablen Gruppen müssen weiterhin geschützt werden. In den Gesundheitseinrichtungen werden Masken und Tests nicht sofort verschwinden.

Hätten Sie denn als Bundespräsident auch den Mut, im Herbst wieder Masken- und Zertifikatspflicht einzuführen? Natürlich, sofern das die epidemiologische Lage nötig macht. Auch wenn wir die Krise hinter uns lassen können, verschwindet das Virus nicht. Wenn die Situation nicht mehr von den Kantonen alleine kontrolliert werden könnte, wird der Bund seine Verantwortung wieder übernehmen.

Eine grosse Impfkampagne wird doch wieder nötig sein. Ich kann mir vorstellen, dass es künftig Corona-Impfaktionstage geben wird, so wie wir das von der Grippe her kennen. Man muss aber schon sehen, dass anstelle des öffentlichen Ansatzes nun immer mehr die Individualmedizin in den Vordergrund rückt.

Demnach wird es keine Impfpflicht geben? Eine Impfpflicht ist bei uns kein Thema mehr. Wir gehen jetzt in die Normalisierungsphase weiter. Da ist ein Obligatorium weder dringlich noch notwendig, zumal dieses Virus die Menschen kaum mehr schwer krank macht. Aber es ist natürlich wichtig, dass wir uns weiterhin impfen und boostern lassen.

Und wie bringen wir die Angst vor dem Virus aus den Köpfen? Dazu braucht es Geduld. Wir sind keine Maschinen, bei denen man

einfach auf einen Knopf drücken kann. Wir müssen erst wieder lernen, was es bedeutet, ein normales Leben zu führen. Dazu kommt, dass viele Menschen Angehörige verloren haben während der Krise, andere haben im Spital gelitten. Das sind alles Erinnerungen, die man erst einmal verarbeiten muss.

Wie kann der Bundesrat dabei helfen? Indem etwa der Ausstieg geordnet abläuft. Man kann nicht einfach sagen, jetzt ist fertig. In einer ersten Phase sollten deshalb Empfehlungen eine wichtige Rolle spielen. Die Behörden könnte etwa sagen, wann man sich noch testen oder zum Arzt gehen soll. Für manche klingt das banal, aber es schafft Ordnung.

Pandemie, Europa: Der Bundesrat hat viele Probleme. Nun drohen auch noch Abstimmungspleiten. Steckt die Regierung in einer Vertrauenskrise? Nein, meine Kollegen in anderen Ländern sagen, bei uns herrschen paradiesische Zustände. Wo sonst hat eine Regierung zwei

Abstimmungen zum Pandemie-Management jeweils mit Zweidrittelmehrheiten gewonnen? Ich verstehe nicht, wie man da von einer Vertrauenskrise sprechen kann.

Aber die Abstimmungen über das Mediengesetz und die Stempelabgabe könnte der Bundesrat verlieren. Das ist direkte Demokratie. Manchmal gewinnt der Bundesrat, manchmal nicht. Und für die Bevölkerung war das Covid-Gesetz möglicherweise zentraler als die Stempelabgabe.

Die Abstimmung über das CO₂-Gesetz war aber nicht nebensächlich. Das Parlament hat daraus eine andere Vorlage gemacht im Vergleich zu dem, was der Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen hatte. In einer direkten Demokratie hat das Volk auch das Recht, Beschlüsse zu korrigieren. Schauen Sie sich zudem die Umfragen an: Das Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat ist nach wie vor gross.

Ist die Spaltung der Gesellschaft somit überwunden?

Ich war im letzten Herbst wirklich besorgt. Doch dann fand die Abstimmung über das Covid-Gesetz statt, und seither hat sich die Situation entschärft. Es gibt kaum mehr Widerstand und Demonstrationen. Das Volk hat entschieden und hat damit auch die sozialen Spannungen weitgehend gelöst.

Dann ist alles bestens? Nein, aber man muss eine innere Ruhe haben, um die Krise über einen längeren Zeitraum richtig einordnen zu können.

Haben Sie denn auch persönlich die nötige Ruhe, um all die Kritiken und schlechten Umfrageresultate, die Sie erhalten, zu verdauen? An den Olympischen Spielen können auch nicht alle eine Goldmedaille gewinnen. Für die ersten acht Plätze gibt es aber ein olympisches Diplom – und da gehöre ich dazu.

Den Humor haben Sie nicht verloren. Ich bin, wie ich bin. Ich stelle aber auch fest, dass ich viele Zuschriften aus der Bevölkerung mit positiven Feedbacks erhalte. Und

der Job als Bundesrat bereitet mir nach wie vor sehr grosse Freude.

Der Bundesrat geht nicht an die Olympischen Spiele in Peking. Dafür gibt es wohl kein Diplom. Es ging ja auch nicht darum, ob wir China gefallen wollen oder nicht. Ich habe am Montag den chinesischen Botschafter eingeladen. Er hat das Bedauern seiner Regierung ausgedrückt, aber auch grosses Verständnis gezeigt. Man versteht, dass die Corona-Situation einen Besuch wenig sinnvoll macht, weil keine Begegnungen mit den Sportlern oder nur eingeschränkt mit chinesischen Offiziellen möglich sind. Die Chinesen verstehen auch, dass wir das Risiko nicht eingehen können, im Anstehungsfall in China in der Isolation bleiben zu müssen, während hier dringende Aufgaben auch wegen der Pandemie warten.

Es war doch einfach ein eleganter Ausweg, um nicht wie andere Länder die Spiele offiziell boykottieren zu müssen. Nein, so kann man das nicht sehen. Wir haben ja grundsätzlich beschlossen, zu gehen, wenn die

Situation es zulässt. Wir haben uns bewusst gegen einen Boykott entschieden.

China hat ziemlich frostig auf die neue, etwas kritische China-Strategie des Bundesrats reagiert. Glauben Sie, dass so Veränderungen möglich sind?

Ich würde sagen, dass der Botschafter für chinesische Verhältnisse sehr nett reagiert hat. Dass sich China gegen die Kritik an der Menschenrechtslage wehren würde, war zu erwarten. Ich hatte den Aussenminister auch vorinformiert. Und im November habe ich in einem Telefongespräch mit ihm die Wiederaufnahme des Menschenrechtsdialoges vereinbaren können. Wir bleiben über die Verletzung der Minderheiten- und Menschenrechte besorgt. China entwickelt sich nicht so, wie wir uns das erhofft haben. Ich glaube aber, dass es uns gelingt, ausbalancierte Beziehungen zu haben, zu denen das Land auch stehen kann.

Kann die Schweiz international überhaupt noch vermitteln? Ich denke schon. Das ist unsere Rolle, und wir haben auch immer wieder Erfolge.

Zum Beispiel? Wir haben im Zusammenhang mit den Spannungen an der ukrainischen Grenze ein russisch-amerikanisches Treffen in Genf organisiert.

Die Spannungen bleiben. Ja, aber der Wille, wieder miteinander zu sprechen, ist sichtbar. Die Schweiz setzt sich auf allen Stufen für eine Deeskalation ein. Insbesondere in der OSZE. Ich glaube, der Konflikt kann nur dort gelöst werden, wo alle Betroffenen am selben Tisch sitzen. Und so können wir auch eine Rolle spielen zusammen mit unseren europäischen Partnern. Ich habe in Wien einen OSZE-Aktionsplan vorgestellt, der auf grosses Interesse gestossen ist.

Nun haben Sie aber einen Brief vom russischen Aussenminister erhalten, der die Schweiz auffordert, Farbe zu bekennen. Versucht Sergei Lawrow, die neutrale Schweiz in Geiselschaft zu nehmen?

Briefe gehören zum normalen diplomatischen Instrumentarium. Lawrow hat den gleichen Brief an verschiedene Länder geschickt. Die OSZE ist deshalb die geeignete Plattform, um die russischen Anliegen zu besprechen.

Die Spannungen zwischen Russland, China und den USA nehmen zu. Putin und Xi haben am Rande der Olympischen Spiele sogar einen Stopp der Nato-Osterweiterung gefordert. Bewegt wir uns auf einen neuen Kalten Krieg zu?

Das ist eine grosse und wichtige Frage. Wir stehen jedenfalls in einer Transformationsphase mit vielen ungelösten Machtfragen. Im Moment versucht Russland sich als Weltmacht in Stellung zu bringen. Die grösseren Spannungen gibt es aber zwischen den USA und China. Und die Macht des Rechtes, auf die wir lange zählen konnten, verliert an Bedeutung, während das Recht der Macht wichtiger wird.

Was bedeutet das für die Schweiz?

Ich glaube, wir erleben eine Entwicklung zu einer tripolaren Welt mit einem staatskapitalistischen System im Osten, einem Freimarkt-Kapitalismus in den USA, und Europa will eine soziale Marktwirtschaft erhalten und sich gleichzeitig als dritte Weltmacht positionieren. Der Druck auf die Schweiz wird wachsen, um vertiefte Beziehungen zu Europa zu pflegen. Die EU steht uns wirtschaftlich, ideologisch und sozial am nächsten. Es eröffnen sich aber auch neue Chancen. Unsere Vermittlerdienste sind gefragt wie noch nie. Das zeigt, dass Vertrauen in die Schweiz gross ist.



«An den Olympischen Spielen können auch nicht alle eine Goldmedaille gewinnen. Für die ersten acht Plätze gibt es aber ein olympisches Diplom – und da gehöre ich dazu.»